

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Hauptstr. 23 und Neugasse 2. Postadresse: 69035 Heidelberg, Postf. 10 45 60, Internet: http://www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 10 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 3 80, Fax 5 19 - 3 85. Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 2 51, Fax 5 19 - 2 08. Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 1, Fax 5 19 - 2 17.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

66. Jahrgang / Nr. 52

Donnerstag, 4. März 2010

Einzelpreis 1,30 €

HEUTE

Hollywoods Stern verblasst

Am Sonntag werden in Los Angeles wieder die Oscars vergeben. Die weltweit übertragene Zeremonie geht in einem öden Betonkomplex über die Bühne. Doch auch der Glanz des Hollywood Boulevards mit den Sternen des „Walk of Fame“ (Foto: 105) ist längst verblasst. > **Feuilleton S. 15**

Schwach: National-Elf im WM-Test
100 Tage vor der Fußball-WM in Südafrika hat die deutsche Nationalmannschaft gestern Abend ihr wichtiges, letztes Testspiel gegen Argentinien mit 0:1 verloren. > **Sport S. 26**

Kölner OP übt scharfe Kritik
Schwere Vorwürfe hat der Kölner OB Jürgen Roters am Jahrestag des Stadtarchiv-Einsturzes gegen die Baufirmen. > **Aus aller Welt S. 17**

Knut und Gianna – Trennung
Münchens Tierpark Hellabrunn beendet das Liebesglück des Berliner Eisbärenpaares Knut und Gianna. Die Eisbärin muss im Herbst alleine nach München zurück. > **Aus aller Welt S. 17**

Semino Rossi heute im Zett
Mit seinen romantischen Liedern hat er schon den Echo und die Krone der Volksmusik gewonnen: Semino Rossi. Jetzt kommt der Sänger in die SAP-Arena. Außerdem im Zett: Interview mit EAV-Sänger Klaus Eberhartinger und Sushi-Kunst in Heidelberg.

Zitat
„Der Koalitionskrieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ (Thomas Oppermann (SPD) über den Zustand von Schwarz-Gelb – frei nach dem Militärhistoriker von Clausewitz.)

LOTTOZAHLEN

Gewinnzahlen:	3, 9, 17, 37, 45, 47
Zusatzzahl:	12
Superzahl:	1
Spiel 77:	5 6 4 8 0 7 1
Super 6:	8 2 8 9 4 2

(Ohne Gewähr)

FINANZMARKT

Dax:	5817,88 Punkte (+ 0,72 %)
Gewinner:	Deutsche Post (+ 2,37 %)
Verlierer:	adidas (- 4,14 %)
TecDax:	816,69 Punkte (+ 1,64 %)
Euro:	1,3641 (1,3548)
Dollar:	0,7331 (0,7381)

GEBURTSTAGE

Geburtstage: Mykelti Williamson (50, am. Schauspieler, „Con Air“), Chris Rea (59, brit. Musiker, „On The Beach“)
Namenstag: Kasimir, Rupert, Walburga

WETTER

Überwiegend bewölkt. Richtung Süden Schneefall möglich.
+ 6 / - 6

Solarförderung wird spürbar reduziert

Vom Kopf auf die Füße stellen will die Bundesregierung die ihrer Ansicht nach überproportionale Solarförderung – Umweltminister Röttgen spricht angesichts verfallender Marktpreise für Anlagen um bis zu 40 Prozent von „Überförderung“. Was Industrie und betroffene Standorte nicht hindert, gegen die gestern beschlossene Kürzung zum 1. Juli zu protestieren. Die Subvention von Anlagen auf Dächern soll um 16 und auf Freiflächen um 15 Prozent gekürzt werden und damit auf maximal 33 Cent pro Kilowattstunde sinken. Für selbstgenutzten Solarstrom erhöht sich der Bonus von 3 auf 8 Cent. Die Förderung von Solaranlagen auf Ackerflächen soll ganz wegfallen, was u.a. Bayern nicht passt. Ministerpräsident Seehofer kündigte Widerstand an. > **Wirtschaft S. 20**



Luftverschmutzung in Städten zu hoch

EU-Grenzwerte weit überschritten

Heidelberg. (mün) Die Luftbelastung durch das gefährliche Stickstoffdioxid ist in vielen Regionen Deutschlands zu hoch – auch in Mannheim und Heidelberg. Die seit Jahresbeginn geltenden Grenzwerte der Europäischen Union (EU) werden weit überschritten, wie Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner bei einer Tagung in Heidelberg erklärte, eine Trendwende sei nicht in Sicht. Sie verlangte längere Übergangsfristen für die Einhaltung der Grenzwerte. Hauptursache ist der Autoverkehr, vor allem Dieselmotoren mit Katalysatoren, wie Ulrich Höpfner vom Ifeu-Institut erklärte. Heidelbergs Oberbürgermeister Eckart Würzner sagte, die Luftreinhaltung werde den Kommunen aufgebürdet. Entscheidend sei aber das Engagement der Autoindustrie. Stickstoffdioxid kann zu Reizungen der Schleimhäute führen und die Atemwegsorgane schädigen, es liegen Anhaltspunkte für eine krebserzeugende Wirkung vor. > **Südwest S. 22**

Jetzt müssen die Griechen sparen

Drakonisches Programm soll das Land vor der Pleite retten – Beamte kündigen neue Streiks an

Athen/Brüssel. (dpa) Mit einem drakonischen Sparprogramm beugt sich das hochverschuldete Griechenland dem Druck der EU. Regierungschef Papandreu präsentierte einen noch schärferen Sparplan, der 4,8 Milliarden Euro einsparen soll. EU-Kommissionspräsident Barroso sprach von einem starken Signal. Bundeskanzlerin Merkel sagte, Griechenland müsse seine Hausaufgaben machen. An diesem Freitag kommt Papandreu nach Berlin. Dabei gehe es nicht um Hilfszusagen, so Papandreu, sondern um das Verhältnis zwischen Berlin und Athen.

Athen muss die Neuverschuldung von derzeit knapp 13 Prozent des Bruttoin-

landsproduktes bis Ende 2012 unter die erlaubte Marke von drei Prozent drücken. Die Griechenland-Krise hatte an den Devisenmärkten Spekulationen gegen den Euro angeheizt und den Wert der Gemeinschaftswährung gedrückt.

Nach Regierungsangaben in Athen sollen alle Renten eingefroren werden. Die Staatsbediensteten werden 12 Prozent weniger an Zuschüssen erhalten. Diese machen mehr als die Hälfte des Monatslohns der Beamten aus. Das 13. und 14. Gehalt (Weihnachtsgeld sowie Ferien- und Ostergeld) werden um 30 Prozent gekürzt. Der Haupt-Mehrwertsteuersatz wird von 19 auf 21 Prozent, niedri-

gere Sätze von 4,5 auf 5 Prozent und von neun auf zehn Prozent erhöht. Steuern auf Tabak und Spirituosen steigen. Benzin und Diesel werden teurer.

Erheblich erhöht werden die Steuern für Autos, Yachten und Hubschrauber. Eine einprozentige Sondersteuer müssen alle zahlen, die mehr als 100 000 Euro verdienen. Zur Kasse gebeten werden auch Besitzer von Immobilien mit einem Wert von mehr als 5 Millionen Euro. Für je fünf in Rente gehende Beamte wird nur noch einer eingestellt. Die 300 000 Staatsbeamten kündigten nach Bekanntwerden der Pläne einen 24-stündigen Streik für den 16. März an. > **Seite 2/Wirtschaft S. 19**

Internetbrief macht E-Mails verbindlicher

Berlin. (AFP) Millionen Verbraucher sollen schon bald einen großen Teil ihrer Post über das Internet abwickeln können. Die Post hat für ihren Internetbriefdienst, der im Juli starten soll, bereits mehrere große Partner gefunden, wie der Konzern auf der CeBIT mitteilte. Nutzen will das System u.a. der ADAC mit seinen 17 Millionen Mitgliedern. Mit dem Brief im Internet könnten Privatpersonen, Unternehmen und Behörden elektronisch, verbindlich, vertraulich und verlässlich miteinander kommunizieren, so das Unternehmen. Versenden und Empfangen sei so einfach wie bei E-Mails, doch könnten Empfänger und Absender eindeutig identifiziert werden. > **Service S. 19/ Wirtschaft S. 20**

Papst soll Prüfer ins Kloster Ettal schicken

Ettal. (dpa) Der Klerus kooperiert, der Papst soll helfen: Im Skandal um sexuellen Missbrauch hat die katholische Kirche seinen Willen zur Aufklärung demonstriert. Die Deutsche Bischofskonferenz begrüßte die Initiative von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) für einen großen runden Tisch zum Thema Kindesmissbrauch. Die durch Missbrauchsvorfälle in die Schlagzeilen geratene Abtei Ettal bat Papst Benedikt am Mittwoch um eine Apostolische Visitation – eine Überprüfung durch einen Beauftragten des Papstes. Bei der Razzia am Dienstag seien „aus freien Stücken“ Dokumente an die Staatsanwaltschaft übergeben worden, teilte das Kloster mit. > **Politik S. 21**

Der Bund kauft die Steuer-CD jetzt doch

Berlin. (ddp) Nachdem Baden-Württemberg den Ankauf einer CD mit Daten mutmaßlicher Steuersünder vergangene Woche abgelehnt hat, springt nun doch der Bund in die Bresche und erwirbt die CD. Dies solle „gegebenenfalls unter Mitwirkung“ des Landes geschehen. Die Bundesregierung hält den Ankauf der Daten für „rechtlich zulässig“ und zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Besteuerung für „geboten“.

Unterdessen hat der Chef der SPD-Landesgruppe im Bundestag, Christian Lange, Strafanzeige gegen Ministerpräsident Mappus (CDU) und Landesjustizminister Goll (FDP) gestellt – wegen Strafreitelung im Amt. > **Südwest S. 22**

Erstmals seit 60 Jahren weniger brutto

Wiesbaden. (dpa) Erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik haben die Arbeitnehmer im Krisenjahr 2009 brutto weniger verdient. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ergab sich im Vergleich zu 2008 ein Minus von 0,4 Prozent auf durchschnittlich rund 27 648 Euro. Gründe seien hauptsächlich die Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden. Außerdem sanken die Bruttoverdienste dadurch, dass die Arbeitgeberzuschüsse zur privaten Krankenversicherung erstmals als Sozialbeitrag gebucht wurden. Bisher waren sie den Bruttolöhnen zugeordnet worden. Ohne diese Neuerung wären die durchschnittlichen Bruttoverdienste um 0,2 Prozent gesunken. > **Politik S. 20**

Schröder will Teilzeit für Pflege durchsetzen

Frankfurt. (AFP) Familienministerin Kristina Schröder (CDU) hat Details zu ihren Pflegezeit-Plänen genannt. Um Berufstätigen mehr Freiraum bei der Pflege von Angehörigen zu verschaffen, will sie einen Rechtsanspruch für eine zweijährige Pflegezeit einführen. Die Pflegenden würden dann mindestens 50 Prozent arbeiten, aber drei Viertel ihres Gehalts beziehen. Später würden die Arbeitnehmer wieder „voll arbeiten, bekämen aber weiter 75 Prozent Gehalt, bis Zeit- und Gehaltskonten ausgeglichen sind“. Für den Steuerzahler entstünden so fast keine Kosten. Sozialverbände und die CSU begrüßen den Vorschlag, Arbeitgeber, Wirtschaft und die FDP sehen ihn kritisch. > **Seite 2**

AUS DER REGION

Dietmar Hopp erhielt Initiativpreis

Mannheim. (boo) Der Mitbegründer des Walldorfer Softwarekonzerns SAP und Mäzen, Dietmar Hopp, wurde gestern mit dem Initiativpreis für sein Engagement in der Metropolregion ausgezeichnet. Fast 250 Millionen Euro flossen bisher aus seiner Stiftung in sportliche, soziale, medizinische und schulische Projekte. Sein größtes realisiertes Projekt: Die Rhein-Neckar-Arena der TSG Hoffenheim. „Reichtum verpflichtet“, brachte der 69-Jährige seine Motivation auf den Punkt. Er nutzte die Ehrung vor zahlreichen Festgästen zu deutlichen Worten: Er hoffe, dass sich SAP wieder auf die alten Grundwerte besinnt, die es erfolgreich gemacht haben. Das Management müsse bescheiden sein und Erfolge mit der Belegschaft teilen. > **Metropolregion S. 12**

Neue Geschichten zum Mathaisemarkt

Schriesheim. (rmz) Morgen beginnt der 431. Schriesheimer Mathaisemarkt mit der Krönung der Weinheiligen im Festzelt. Eine ausführliche Vorstellung des Programms mit Geschichten und Hintergründen und Informationen rund um das Volksfest gibt es schon heute – in der 24-seitigen Mathaisemarkt-Rundschau der RNZ. Der Rummel, die Straußwirtschaften und der Krammarkt laden die Gäste zum Verweilen ein. In den letzten Jahren kamen 100 000 Besucher zu diesem ersten Frühlingfest in der Region, das in diesem Jahr bis zum 14. März dauert.



Mann fällt vor ICE: Chaos im Bahnhof

Mannheim. (leo) Der Sturz eines 52-jährigen Mannheimers vor einen einfahrenden Zug hat gestern Nachmittag fast zwei Stunden lang zu Chaos im Mannheimer Hauptbahnhof geführt. Wie die Bundespolizei Karlsruhe auf RNZ-Anfrage mitteilte, war der Mann aus bisher unbekannter Ursache bei der Einfahrt des ICE 576 aus Stuttgart auf Gleis 3 vor den Zug gefallen. Nach notärztlicher Versorgung wurde der 52-Jährige mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht. Durch den Unfall war die Weiterfahrt des ICE in Richtung Hamburg für längere Zeit unterbrochen, auch der Fahrplan anderer Züge geriet für knapp zwei Stunden durcheinander. Erst am Spätnachmittag lief der Verkehr dann wieder regulär.

DIE ECKE

Nachbeben

Erst Haiti, dann Chile. Wir hier wurden derweil nur von einem leichten Säuseln namens Xynthia gestreichelt. Aber gemessen an der realen Möglichkeit, dass uns diese Welt eines Tages um die Ohren fliegen könnte, benehmen wir uns in allem, was wir tun, doch bemerkenswert kleinkariert. Und verdrängen dabei die unbestreitbare geologische Tatsache, dass wir uns, was die Erdkruste betrifft, auf sehr dünnem Boden bewegen. Vergleichbar der angeknacksten, ständig bewegten Schale eines innen glühend heißen Eies. Mehr ist da nämlich nicht. Und der jüngste Bums hat sogar die Erdachse verschoben! Demut lehrt uns das wohl trotzdem nicht. Aber niemand kann sicher davon ausgehen, dass es immer nur die anderen trifft. Das wäre doch zu einfach.





In Heidelberg und Mannheim werden die zulässigen Grenzwerte überschritten; vor allem aber Stuttgart wird noch über Jahre mit der NO₂-Problematik kämpfen. Foto: dpa

Stickstoffdioxid wird Problem Nummer eins

Umweltministerin Gönner: Grenzwerte sind über Jahre nicht einzuhalten – Land muss Fristverlängerung bei EU beantragen

Von Götz Münstermann

Heidelberg. Nach der Bekämpfung des Feinstaubes steht Politik und Bürgern die nächste Luftschadstoffdiskussion bevor: Es geht um die Verringerung der Stickstoffdioxidwerte (NO₂). Zum Jahresbeginn hat die Europäische Union (EU) die Grenzwerte verschärft, die aber laut Politik und Wissenschaft auf Jahre kaum einzuhalten sein sollen.

Wer bislang glaubte, mit seinem Dieselfahrzeug samt Partikelrußfilter Umweltschutz zu betreiben, der irrt in gewisser Weise. Zwar tragen diese Fahrzeuge zu einer geringeren Feinstaubbelastung in Städten bei und stoßen weniger des Klimakillers Kohlendioxid aus. Doch

sie haben auch dafür gesorgt, dass das gefährliche Stickstoffdioxid nicht zurückging. „Das Stickstoffdioxid-Problem haben Wissenschaft und Politik nicht gesehen“, erklärt Ulrich Höpfner vom IFEU-Institut Heidelberg. Zu Jahresbeginn hat die EU nach langer Vorlaufzeit die Grenzwerte durchgesetzt, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorschreibt: Der Jahresdurchschnitt darf höchstens bei 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft liegen, der Maximalwert von 200 Mikrogramm in einer Stunde darf nur 18 Mal im Jahr überschritten werden.

Seit 2007 weiß man, dass die Hälfte aller deutschen Messstellen diese Werte nicht einhalten. In Baden-Württemberg trifft es besonders Stuttgart; aber auch Mannheim und Heidelberg. Baden-Württembergs Umwelt- und jetzt auch Verkehrsministerin Tanja Gönner sieht kei-

ne Trendwende bei den Stickstoffdioxid-Belastungen. Am Rande der bundesweit ersten Tagung zur Stickstoffdioxidproblematik in Heidelberg sagte sie, die technischen Nachrüstmöglichkeiten seien noch nicht vorhanden oder bezahlbar. Mit Fahrverboten will sie offenbar nicht arbeiten, „sollen der Verkehr und das Wirtschaftsleben nicht gänzlich zum Erliegen kommen“. Mit Aktions- und Luftreinhalteplänen sei man auf dem richtigen Weg. Aber die EU habe den zweiten vor dem ersten Schritt getan. Statt die Grenzwerte zu senken hätte man zuerst an die Schadstoffquellen gehen müssen, quasi an den Auspuff.

Die Abgasnorm „Euro 5“ kommt erst 2011, „Euro 6“ erst 2015. Und es dauert, bis die Fahrzeugflotten diese besseren Normen erfüllen werden. Kein Wunder, wenn Gönner meint: „Luftreinhaltung braucht einen langen Atem.“ Sie muss Fristverlängerungen beantragen, dass die Regionen im Land erst ab 2015 die neuen Grenzwerte einhalten müssen. Ob das zu machen ist, scheint etwa in der Landeshauptstadt Stuttgart zweifelhaft. So hofft Gönner denn auch, dass die EU-Richtlinie zur Luftqualität schon 2013 „überprüft“ wird.

EU-Generaldirektor Karl Falkenberg von der Umwelt-Generaldirektion sagt, dass es Ballungsräume gebe, die etwa mit einer City-Maut oder der Auflösung von Verkehrsknoten gute Erfahrungen gemacht hätten. Ob eine Fristverlängerung gewährt werde, das hänge davon ab, ob „man glaubhaft belegt, dass die Werte gesenkt werden“.

Es braucht einen langen Atem

HINTERGRUND

> **Was ist Stickstoffdioxid (NO₂)?** Ein Spurengas, das in der natürlichen Umwelt vorkommt. Es entsteht etwa bei einem Blitz, wird durch Regen wieder „ausgewaschen“.

> **Woher kommen die hohen Mengen Stickstoffdioxid?** Sie entstehen als Nebenprodukt bei Verbrennungsprozessen in Autos, Hausheizungen und Kraftwerken. Dabei werden Stickstoffdioxid und Stickstoffmonoxid ausgestoßen, Letzteres wird unter bestimmten Bedingungen zu Stickstoffdioxid. Hauptursache der zu hohen NO₂-Emissionen ist eindeutig der Autoverkehr.

> **Was ist daran so gefährlich?** Das Gas bildet mit Wasser Säure und durch Niederschläge kommt es zur Versauerung von Seen und Böden. Pflanzenwachstum wird gehemmt, Naturstein verwittert schneller. Stickstoffdioxid in der Umgebungsluft kann bei Mensch und Tier die Schleimhäute reizen und die Atmungsorgane schädigen. Es liegen Anhaltspunkte für eine kreberzeugende Wirkung vor.

> **Warum nehmen die Konzentrationen von Stickstoffdioxid nicht ab?** Viele Luftschadstoffe haben in den letzten Jahrzehnten abgenommen, die Gruppe der Stickoxide ging weniger stark zurück, Stickstoffdioxid kaum. Ursache ist, dass viele Dieselfahrzeuge mittlerweile über Katalysatoren verfügen, die zwar andere Schadstoffe unschädlich machen, doch Stickstoffdioxid ausstoßen. Die Wissenschaft sagt, dass sie diesen Effekt wegen der komplexen Prozesse in den Katalysatoren nicht vorhergesehen hat.

> **Was kann man gegen die hohe NO₂-Belastung tun?** Radikalste, aber kaum durchführbare Lösung sind Fahrverbote. Abgestuft könnten selektive Fahrverbote ausgesprochen, die schärfere „Euro-6“-Norm vorgezogen, und NO₂-mindernde Katalysatoren nachgerüstet werden. Der Umbau von Verkehrsknoten zur Verteilung des Verkehrs und damit der Schadstoffe wird diskutiert. mün / IFEU Heidelberg

NACHRICHTEN

Pestizide: Goji-Beeren belastet

Lebensmittelprüfer haben im Südwesten hohe Pestizidbelastungen in getrockneten Goji-Beeren (dpa-Foto) festgestellt. In 13 von 15 Proben der Beeren, die auch in der traditionellen chinesischen Medizin genutzt werden, seien die Grenzwerte für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln teilweise deutlich überschritten worden, warnte das Verbraucherschutzministerium in Stuttgart.

„Mit dem Kauf und Verzehr der Beeren möchten sich Verbraucher etwas Gutes für ihr Wohlbefinden tun. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein“, sagte Verbraucherschutzminister Rudolf Köberle (CDU). Eine unmittelbare Gesundheitsgefahr gebe es allerdings nicht. Das Land werde sich nun für stärkere Einfuhrkontrollen von Goji-Beeren aus China starkmachen, kündigte der Minister an.



Waldarbeiter von Baum erschlagen

Ein 43 Jahre alter Waldarbeiter ist bei Bad Saulgau von einem umstürzenden Baum erschlagen worden. Anscheinend habe eine heftige Windböe den Baum entwurzelt, so die Polizei.

Haftstrafen für Türsteher-Bande

Im Prozess gegen fünf Türsteher hat das Landgericht Stuttgart Haftstrafen von bis zu drei Jahren wegen räuberischer Erpressung verhängt. Die Männer, die der Gruppe „Budocan Fightclub-La Familia“ angehören sollen, hatten einen Diskothekenbetreiber bedroht und wollten ihn zwingen, sie weiterhin als Türsteher zu beschäftigen.

Siebenjähriger als Großinvestor

Er wollte das ganz große Geschäft machen: Ein Siebenjähriger hat auf einem Schulhof in Neuried (Ortenaukreis) versucht, mit einem 500-Euro-Schein Sammelbilder zu kaufen. Doch der Deal platzte, denn ein Lehrer nahm den Geldschein an sich. Auch ein zweiter Versuch ging schief, weil der Verkäufer der Sammelbilder den 500-Euro-Schein nicht wechseln konnte. Wie die Polizei mitteilte, hatte der Schüler die beiden Scheine heimlich aus einem Geldschrank der Eltern genommen.

Mappus und Goll wegen Strafvereitelung im Amt angezeigt

Bundesgeschäftsführer der SPD-Fraktion stellt Strafanzeige wegen Verzichts auf Kauf der Steuersünder-CD – Landes-SPD dagegen

Von Andreas Böhme und dpa

Stuttgart. Die SPD im Land ist uneins, nachdem der Landesgruppenvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Christian Lange, Strafanzeige gegen Ministerpräsident Stefan Mappus und Justizminister Ulrich Goll erstattet hat. Lange wirft beiden Strafvereitelung im Amt vor. Mappus und Goll hätten die Kaufentscheidung von der Staatsanwaltschaft weg- und an sich gezogen und sie damit verhindert. Diese Weisung an die Staatsanwaltschaft dürfe nicht auf den bloßen Zweifel gestützt sein, ob der Ankauf rechtmäßig ist oder ob nicht. Überdies, so Lange, habe sich der Anbieter der CD nach deutschem Recht nicht strafbar gemacht.

Claus Schmiedel, SPD-Fraktionschef im Landtag, betonte, die Strafanzeige sei nicht abgesprochen gewesen, Lange habe ihn lediglich informiert. Er sei „prinzipiell nicht dafür, politische Debatten ins juristische Feld zu ziehen“. Darüber, ob Mappus im „Käsdrecksgeziehe“ mit der FDP auf der Seite des Schweizer Steuergeheimnisses stehe oder der Gleichbehandlung aller Steuerzahler, setze man sich politisch auseinander. Die Fraktion werde die Klage nicht unterstützen, „wir

wollen das nicht aufs rechtliche Gleis setzen“. Er forderte Mappus erneut auf, den Verzicht auf den Ankauf zu revidieren.

Der baden-württembergische CDU-Generalsekretär, Thomas Strobel, beklagt die Anzeige als „politisch kraftlose Schaumschlagerei“, mit der sich die SPD als Prozesshansel entpuppte.

Das lange Hin und Her

Er kauft sie, er kauft sie nicht... Seit Wochen gibt es ein ständiges Hin und Her in der Diskussion, ob Baden-Württemberg eine gestohlene CD mit Daten von Steuerbetreibern kaufen soll. Ein Überblick:

> **2. Februar:** Günther Oettinger (CDU), scheidender Ministerpräsident, macht sich über die Bundes-CDU lustig. Dabei geht es um eine CD, die dem Land Nordrhein-Westfalen angeboten wurde. Kanzlerin Angela Merkel ist für den Kauf, Unions-Fraktionschef Volker Kauder dagegen. Oettinger erklärt: „Ich finde, nachdem der Spannungsbogen zwischen Ja und Nein in Berlin sehr groß ist – innerhalb von wenigen Stunden von einem klaren Nein eines Fraktionschefs zu einem klaren Ja seiner Kanzlerin – bedarf es da-

zu keiner weiteren Kommentare.“

> **5. Februar:** Eklat im Stuttgarter Landtag: Die Abgeordneten stimmen mehrheitlich für den Kauf der nordrhein-westfälischen CD durch den Bund. Der Antrag der SPD kam nur deshalb durch, weil die CDU ihr Abstimmungsverhalten nicht abgesprochen hatte. Kurz nach der Abstimmungspanne für die CDU im Landtag wird das Problem dringender: Baden-Württemberg liegt nun selbst ein Kaufangebot für Daten potenzieller Steuerbetreiber vor.

> **6. Februar:** Ein Koalitionskrach bahnt sich an: Justizminister Ulrich Goll (FDP) lehnt den Kauf der Daten ab. Die Bundes-CDU hat unterdessen beschlossen, dass die NRW-CD gekauft werden soll. Die Südwest-CDU muss entscheiden, mit wem sie sich anlegt: Mit der eigenen Partei im Bund, oder mit dem Koalitionspartner im Land?

> **7. Februar:** In der CDU wird Ärger über den Koalitionspartner FDP laut. Der Vorwurf: Goll wolle „millionenschwere Steuersünder“ schonen.

> **8. Februar:** Eine Entscheidung muss her: Noch unter Günther Oettinger will die Regierung über Kauf oder Nicht-Kauf der CD entscheiden. Aber der Versuch misslingt. Kurzfristig wird die ent-

scheidende Kabinetts-Sitzung abgesagt.

> **17. Februar:** Der neue Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) spricht sich für den Kauf der CD aus.

> **18. Februar:** Die Liberalen bewegen sich auf die CDU zu: FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke kann sich den Kauf der CD unter bestimmten Bedingungen nun doch vorstellen.

> **23. Februar:** Mappus bewegt sich auf die FDP zu: Er stehe dem Kauf der gestohlenen Steuersünder-CD äußerst skeptisch gegenüber.

> **26. Februar:** Ein Hintertürchen scheint gefunden: Das Land will die CD dem Bund geben und ihm den Kauf überlassen. Doch der Bund spielt nicht mit und betont, nur das Land könne kaufen.

> **27. Februar:** Mappus zieht die Entscheidung an sich: Die CD wird definitiv nicht gekauft.

> **1. März:** Der Bund deutet einen Ausweg an: Zwar will er die CD nicht selbst kaufen, allerdings könnte auch ein anderes Bundesland als Käufer auftreten.

> **2. März:** Mappus kündigt ein knallhartes Vorgehen gegen Steuersünder an – die Betrüger-CD will er dafür nicht kaufen.

> **3. März:** Der Bund will die dem Land Baden-Württemberg angebotenen Daten von Steuerbetrüger nun doch kaufen.

Eskalation der Gewalt

Jugendbande „Black Jackets“ unter anderem wegen dreifachen Mordversuchs vor Gericht

Von Tatjana Bojic

Stuttgart. Die Opfer auf dem Esslinger Schulhof hatten in dieser Nacht keine Chance: Mit schwarzen Sturmhauben verumumt fielen 22 mutmaßliche Mitglieder der Jugendbande „Black Jackets“ über etwa 15 junge Leute her, die unter einer Pergola standen. Mit Baseballschlägern, Teleskopschlagstöcken, und Holz- und Eisenstangen schlugen die Täter brutal auf ihre Opfer ein – ein 26-Jähriger wurde dabei fast zu Tode geprügelt, musste notoperiert werden und lag wochenlang im Koma, sagte Staatsanwalt Gernot Blessing zu Beginn des Prozesses gegen die zwischen 17 und 24 Jahre alten Männer. 21 von ihnen wird dreifacher Versucher Mord, gefährliche Körperverletzung und schwerer Landfriedensbruch zur Last gelegt.

Die Eskalation der Gewalt in Esslingen am 26. Juni 2009 ist beispiellos: Wie Blessing ausführte, soll das Motiv des brutalen Überfalls Rache gewesen sein. Der Bruder eines 20 Jahre alten Angeklagten soll zuvor von Mitgliedern der Esslinger Gang „La Fraternidad“ (LF) geschlagen



Mit Fußfesseln wird ein Angeklagter vorgeführt. F.: dpa

und provoziert worden sein. Der 20-Jährige und ein 19 Jahre alter Angeklagter sollen sich an ihre Kumpels von den „Black Jackets“ in Stuttgart gewandt haben, um den LF-Leuten eine Abreibung zu verpassen.

Schließlich wurde der Überfall ausbalanciert und die Waffen hierfür ausgehoben. Gemeinsam soll die Truppe dann nach Esslingen gefahren sein, wo sie die LF-Mitglieder wählten. Der Prozess soll die Tatbeteiligung der Angeklagten klären.

Viele Mitglieder der „Black Jackets“ gelten als brandgefährlich, einige sind in kriminellen Milieus verstrickt. Die Anhänger tragen einheitliche schwarze Bomberjacken mit einem Pitbull und der Aufschrift „Forever friends“ (Freunde für immer). Die Jugendgang wurden 1985 in Heidenheim von überwiegend jungen Türken gegründet. Mehr als 30 solcher Zusammenschlüsse soll es geben, etwa 20 davon in Baden-Württemberg. Heute mischen in der Gruppe auch andere Nationalitäten mit: Die Angeklagten stammen aus Serbien, Kroatien, Kasachstan, Afghanistan, Mazedonien, dem Kosovo, dem Irak und der Türkei.

Wegen der Vielzahl der Verfahrensbeihilfen, Sympathisanten und der Sicherheitsvorkehrungen begann der Prozess mit rund eineinhalbstündiger Verspätung. Der Mammutprozess des Landgerichts mit rund 75 Beteiligten – davon 42 Verteidiger – musste aus Platzgründen in den Sitzungssaal des Oberlandesgerichts in Stammheim ausgelagert werden.

Rech will DNA von Ermittlern speichern

Stuttgart. (dpa/lsw) Wegen der Pannen um das „Phantom von Heilbronn“ erwägt Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU), DNA-Profile von Kriminaltechnikern anonymisiert in einer Datenbank zu speichern. „Gemeint sind ausdrücklich nicht alle Polizisten des Landes, sondern nur diejenigen, die an Tatorten Spuren hinterlassen können und freiwillig bei der Speicherung mitmachen wollen“, sagte Rech. Nach dem Mord an einer Polizistin in Heilbronn 2007 hatten die Ermittler anhand von DNA-Spuren monatelang nach einer Serientäterin gesucht, die es aber gar nicht gab. 2009 stellte sich dann heraus, dass die DNA von einer Mitarbeiterin stammte, die die Wattestäbchen verpackte.

Über die Empfehlung, generell DNA-Profile von Polizisten, die mit der kriminaltechnischen Spurensicherung betraut seien, zu speichern, sei noch nicht entschieden, sagte Rech. Hierüber müssten Gespräche unter anderem mit Personalvertretungen geführt werden. DNA-Daten von Laborpersonal werden seit Jahren auf freiwilliger Basis gespeichert. Für Kriminaltechniker, die an Tatorten Spuren sichern, galt das bisher nicht.